



# **STELLUNGNAHME ANHÖRUNG ZUM THEMA „KEINE ENTMÄCHTUNG DER LANDESZENT- RALE FÜR POLITISCHE BILDUNG!“**

**Dr. Tobias Schmid, Direktor der Landesanstalt für Medien NRW**

11. April 2024



## Vorbemerkung

Die Landesanstalt für Medien NRW bedankt sich für die Einladung zur Anhörung des Hauptausschusses „Keine Entmachtung der Landeszentrale für politische Bildung!“ zum gleichnamigen Antrag der Fraktion der SPD am 18. April 2024.

Im Rahmen der vorliegenden Stellungnahme erlaubt sich die Landesanstalt für Medien NRW auf die Fragen einzugehen, bei denen sie eine Sachkompetenz und Erfahrungswerte innerhalb des Hauses sieht. Dies betrifft die unten aufgelisteten Fragen. Um Doppelungen zu vermeiden, folgen die Ausführungen der Stellungnahme in der Struktur nicht den einzelnen Fragen.

### **Fragenkomplex 1: Allgemein**

- d. Wie unterscheiden sich die Kernaufgaben der politischen Bildung und der Präventionsarbeit gegen demokratiefeindliche Bestrebungen?
- e. Welche Zielgruppen sollten Landeszentralen mit ihren Maßnahmen erreichen und wie können diese Zielgruppen am besten erreicht werden?
- h. Wer sind die kritischen Partner (critical friends) der Landeszentralen?

### **Fragenkomplex 2: Konzepte zur Weiterentwicklung der Landeszentrale für politische Bildung:** Wie kann eine Weiterentwicklung der Landeszentrale für politische Bildung gestaltet werden?

**Frage 3: Bearbeitung aktueller gesellschaftlicher Themen:** Welche strukturellen Weichen sind erforderlich, damit die Landeszentrale für politische Bildung sowohl ihren Kernaufgaben nachkommen, als auch aktuelle gesellschaftliche Themen zeitnah und adäquat aufgreifen kann?

### **Fragenkomplex 8: Sicherung der Unabhängigkeit bei Neuausrichtung:**

- a. Was sind die Kriterien einer unabhängigen Landeszentrale und welchen Mehrwert haben diese?

### **Fragenkomplex 9: Alternativen zur Ressourcenoptimierung ohne Qualitätsverlust:**

- a. Welche innovativen Ansätze oder Modelle könnte die Landeszentrale für politische Bildung implementieren, um trotz reduzierter Ressourcen ihre Effektivität zu bewahren oder zu steigern, ohne dabei ihre inhaltliche oder methodische Qualität zu beeinträchtigen?

**Frage 10: Bewertung der strategischen Neuausrichtung:** Inwiefern unterstützt die strategische Neuausrichtung der Landeszentrale die langfristige Zielsetzung, politische Bildung zugänglich und relevant zu gestalten, und welche Risiken könnten damit verbunden sein?

**Frage 12: Effekte auf die Zielgruppenansprache:** Welche Maßnahmen sollten zur Ansprache und Einbindung verschiedener Zielgruppen durch die Landeszentrale ergriffen werden, und welche Strategien empfehlen Sie, um die Reichweite und Inklusivität zu erhöhen?

### **Fragenkomplex 13: Kooperation und Netzwerkarbeit**



- a. Welche Rahmenbedingungen sind für die Zusammenarbeit der Landeszentrale mit anderen Bildungseinrichtungen und zivilgesellschaftlichen Organisationen notwendig, und wie kann diese Kooperation zukünftig gestärkt werden?

**Frage 16: Kampf gegen Antisemitismus:** Wie hat sich das Phänomen des Antisemitismus in der Gesellschaft seit dem 7. Oktober nach Ihrer Wahrnehmung verändert? Welche Herausforderungen für die Arbeit der politischen Bildung sind aus Ihrer Sicht damit verbunden?

**Fragenkomplex 18: Präventionsarbeit**

- b. Sollte Präventionsarbeit überhaupt bei der politischen Bildung angesiedelt sein?

## Stellungnahme

Hassrede, Fake News, Verschwörungserzählungen oder gezielte Desinformationskampagnen – die Angriffe auf unsere demokratischen Strukturen nehmen zu. Die Digitalisierung, eine zunehmende Polarisierung der Gesellschaft, sowie das Erstarken extremistischer Bewegungen stellen dabei lediglich drei der großen Herausforderungen für unsere Gesellschaft und ihre demokratischen Institutionen dar. Denn Hass, Hetze und Diskriminierung in sozialen Netzwerken, Online-Foren und Kommentarspalten sind längst zu einem gesamtgesellschaftlichen Problem geworden. Gleichzeitig wird der öffentliche Diskurs zunehmend durch die gezielte Verbreitung von Falschinformationen verzerrt. Die besondere Komplexität im Umgang mit Desinformation liegt darin, dass sie das Herzstück einer demokratischen Medienordnung für sich nutzt und es gleichzeitig angreift: das Recht auf freie Meinungsäußerung.

Diesen Herausforderungen zu begegnen, erfordert eine konstruktive und gemeinschaftliche Zusammenarbeit aller demokratischen Akteure, Institutionen sowie der Gesellschaft. Ein wesentlicher Kernaspekt der politischen Bildung in Deutschland muss sein, die Bürgerinnen und Bürger zu befähigen, ein auf Demokratie, Toleranz und Pluralismus aufbauendes politisches Bewusstsein zu entwickeln. Gleichzeitig ist die Befähigung zu einer Partizipation am politischen und demokratischen Austausch unabdingbar. In unserer heutigen digitalisierten Welt bedeutet das, dass politische Mündigkeit und die Befähigung zur Nutzung (digitaler) Medien Hand in Hand gehen müssen. Die Präventionsarbeit gegen demokratiefeindliche Bestrebungen stellt dabei einen besonders herausfordernden Bereich dar. Denn eine umfassende Themenkomplexität sowie die fortlaufende Entwicklung digitaler Medien und der damit verbundenen Herausforderungen erfordert eine kontinuierliche Anpassung und Weiterentwicklung der Bildungs- und Präventionsangebote. Diesen Aufgaben und Herausforderungen begegnen die Landesanstalt für Medien NRW und die Landeszentrale für politische Bildung in ihren jeweiligen Kompetenzbereichen.

Aus dem Fragenkatalog sowie den eingangs beschriebenen thematischen und strukturellen Herausforderungen, denen sowohl unsere demokratische Verfasstheit als auch wir als Gesellschaft gegenüberstehen, ergeben sich aus unserer Sicht drei zentrale Aspekte:

1. Thematische Verankerung der politischen Bildung und der Präventionsarbeit
2. Identifikation und Ansprache diverser Zielgruppen
3. Institutionelle Verankerung und Netzwerk- sowie Kooperationspotenziale

Diese liegen der strukturellen und inhaltlichen Arbeit der Landeszentrale für politische Bildung zugrunde. Nachfolgend ordnen wir diese drei Aspekte aus Sicht und mit den Erfahrungswerten der Landesanstalt für Medien NRW ein.

### **1. Thematische Verankerung der politischen Bildung und der Präventionsarbeit**

Je nachdem, aus welcher Sicht man sich dem Thema der politischen Bildung sowie der Präventionsarbeit nähert, rücken unterschiedliche Aspekte in den Fokus. Als staatsferne und wirtschaftlich unabhängig organisierte Anstalt des öffentlichen Rechts stellt die Landesanstalt für Medien NRW den Schutz der Menschenwürde, den Schutz der Vielfalt sowie den Jugend- und Nutzerschutz in den Fokus. Dazu gehört, dass wir die Bürgerinnen und Bürger in NRW dabei unterstützen, die Chancen digitaler Medien für den demokratischen Diskurs auszuschöpfen und ihre Risiken einzuordnen. Dafür stellen wir im Rahmen

unseres gesetzlichen Auftrags unter anderem Angebote zur Prävention und Medienorientierung zur Verfügung. Dabei werden hilfreiche und praxistaugliche Techniken, Kompetenzen und Informationen vermittelt, um sich selbstbestimmt und unabhängig eine Meinung bilden zu können.

Als Aufsichts- sowie Regulierungsinstitution begreifen wir den Begriff der Prävention dabei nicht allein aus der Bildungsperspektive. Stattdessen geht Prävention im Bereich Medienorientierung Hand in Hand mit unseren Aufgaben und Verantwortlichkeiten der Medienaufsicht. Das oberste gemeinsame Ziel ist die Verhinderung von Rechtsverstößen im digitalen Raum, bei gleichzeitiger Prävention von schädigendem Verhalten sich selbst oder anderen gegenüber. Durch die enge Verzahnung der Aufgabenbereiche der Prävention in der Medienorientierung und der Rechtsdurchsetzung im Rahmen der staatsfernen Medienaufsicht wollen wir einen fundierten Beitrag zur Förderung der Demokratiekompetenz leisten.

Eine interdisziplinäre und thematische Vernetzung von politischer Bildung und Präventionsarbeit im oben genannten Sinne kann aus unserer Sicht die Arbeit der Landeszentrale für politische Bildung und Landesanstalt für Medien NRW sinnvoll weiterentwickeln.

## 2. Identifikation und Ansprache diverser Zielgruppen

Da Demokratie nur durch die Partizipation aller Beteiligten an demokratischen Prozessen langfristig gewährleistet werden kann, ist eine breit gefächerte Zielgruppenansprache essenziell. Ein niedrighschwelliger und inklusiver Zugang zu Bildungsangeboten muss dafür gewährleistet sein. Das bedeutet, dass allen Bürgerinnen und Bürgern Möglichkeiten zur Verfügung gestellt werden müssen, Bildungsangebote wahrnehmen zu können - unabhängig von Herkunft, Bildungsgrad oder soziökonomischem Hintergrund. Einerseits ist es daher notwendig, Angebote dort bereitzustellen, wo die relevanten Themen stattfinden – das betrifft, wenn auch nicht exklusiv, inzwischen vorrangig den digitalen Raum. Digitale Kanäle bieten hierbei eine wichtige Plattform, um niedrighschwellige Bildungsangebote zu vermitteln und eine breite Reichweite zu erzielen.

Eine besondere Herausforderung stellt sich außerdem in der Ansprache von Personen und Gruppen, die sich dem demokratischen Spektrum entziehen, sowie von Personen, für die Bildungsangebote aufgrund verschiedener Voraussetzungen, wie beispielsweise Sprachbarrieren, nur schwer zugänglich sind. Gleichzeitig stellt das heute herrschende Informationsüberangebot sowie die algorithmengetriebene Auspielung von Informationen in sozialen Medien die Absender von Informations- und Bildungsangeboten vor enorme Herausforderungen. Durch eine aufsuchende Zielgruppenansprache an den für die Zielgruppe relevanten Orten, beispielsweise im Bereich der schulischen und außerschulischen Bildung sowie im Familienkontext, kann ein vermittelnder Zugang zu Präventionsangeboten sowie politischer Bildung gewährleistet werden.

Die Landesanstalt für Medien NRW hat das Ziel, dass sich alle Menschen in Nordrhein-Westfalen sicher und souverän in der Medienlandschaft bewegen und daran partizipieren können. Den oben genannten Herausforderungen begegnen wir mit der Bereitstellung unserer zielgruppengerechten Formate zur Medienorientierung, mit denen wir die Bürgerinnen und Bürgern bei Fragen und Problemen zur Nutzung digitaler Medien unterstützen:

- Mit der Frage-Antwort-Plattform **ZEBRA** treten wir direkt mit den Menschen in Kontakt und beantworten ihre individuellen Fragen. Durch die Möglichkeit der Kontaktaufnahme per Chat, WhatsApp oder Website sowie die zielgruppenspezifische Sichtbarkeit in den sozialen Medien



(namentlich Instagram und TikTok) soll eine möglichst einfach zugängliche Kontaktaufnahme ermöglicht werden.

- Im schulischen Kontext bieten wir Schülerinnen und Schülern durch das Peer-to-Peer-Projekt **Medienschouts NRW** eine Anlaufstelle und statten Lehrkräfte mit Materialien für ihren Unterricht zur Förderung von Medienkompetenz aus.
- Das Projekt **Eltern und Medien** richtet sich an Kitas, Schulen, Familienbildungsstätten und Vereine in Nordrhein-Westfalen und bietet diesen die Umsetzung von Elternabenden zu Themen des digitalen Alltags an.
- Mit dem **Internet-ABC** stellen wir bereits Kindern im Alter ab 5 Jahren eine Möglichkeit zur Verfügung, digitale Medien mithilfe einer Lernplattform auf sichere und spielerische Weise kennenzulernen.
- Alle Bürgerinnen und Bürger Nordrhein-Westfalens sollen ermutigt und befähigt werden, sich an einer Debatte öffentlich zu beteiligen und die Themen, die sie bewegen, in die Medien zu bringen. Die **Medienbox NRW** stärkt somit die Vielfalt im lokalen Raum und trägt damit zur Stabilisierung demokratischer Prozesse bei.

Diese zielgruppengerechte Adressierung der einzelnen Angebote gewährleistet, dass Information, Unterstützung und Hilfe dort ankommen, wo sie gebraucht werden.

Die Landeszentrale für politische Bildung steht, wie die Landesanstalt für Medien NRW, vor der drängenden Herausforderung, für alle Bürgerinnen und Bürger in Nordrhein-Westfalen zugänglich zu sein. Ein grundlegender Aspekt für die funktionierende Arbeit der Landeszentrale für politische Bildung liegt aus unserer Sicht daher auf der klaren Identifikation relevanter Zielgruppen sowie in der passgenauen Ansprache dieser Personen(gruppen). Vor dem Hintergrund der aufgezeigten Herausforderungen bedarf es dazu eines engen Schulterschlusses mit anderen Akteuren, Plattformen und Organisationen.

### **3. Institutionelle Verankerung und Netzwerk- sowie Kooperationspotenziale**

Unabhängig von der institutionellen Verankerung der Landeszentrale für politische Bildung muss ebendiese ihre Aufgaben objektiv und frei von parteipolitischem Einfluss ausführen und erfüllen können. Eine klare rechtliche und finanzielle Aufstellung sowie transparente Entscheidungsstrukturen sind dafür unerlässliche Qualitätskriterien. Insbesondere für die notwendige Ansprache demokratiekritischer Personengruppen ist eine glaubwürdige Trennung von Informations- und Aufklärungsarbeit und politischen Akteuren essenziell.

Zugleich ist für die Erreichung einer größtmöglichen Reichweite sowie einer Ressourcenbündelung bei gleichzeitiger Steigerung der Effizienz eine enge Einbindung und Vernetzung mit Akteuren des politischen Betriebs eine grundlegende Voraussetzung. Durch eine starke, über den politischen Betrieb hinausgehende Vernetzung mit Bildungseinrichtungen und zivilgesellschaftlichen Organisationen kann zudem eine effektive Koordination der bestehenden Angebote und Aktivitäten gewährleistet werden. Denn klar ist: Demokratiefeindlichen Bestrebungen kann niemand allein begegnen. Eine enge Zusammenarbeit staatlicher Institutionen und zivilgesellschaftlicher Organisationen ist unerlässlich, um eine pluralistische und demokratische Gesellschaft zu erhalten. Das bedeutet auch, dass Präventionsarbeit fest in der politischen Bildung verankert sein muss, um die Demokratiesicherung nachhaltig zu stärken. Denn um den Herausforderungen der Zukunft gerecht zu werden, braucht es jede Demokratin und jeden Demokraten.